

Geschäftsführung

59003 Hamm, Postfach 1369
59065 Hamm, Westenwall 4
Tel. (0 23 81) 90 15-0
Telefax (0 23 81) 9015-30
Internet: <http://www.dhs.de>
E-Mail: huellinghorst@dhs.de

DHS · Postfach 1369 · 59003 Hamm

Deutscher Bundestag
Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit
Frau Dr. Martina Bunge, MdB
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Ihre Nachricht vom	Ihr Zeichen	Unser Zeichen	App.	Tag
		Hü/br	-10	18.06.08

Anhörung zur Stärkung der gesundheitlichen Prävention

Sehr geehrte Frau Doktor Bunge,

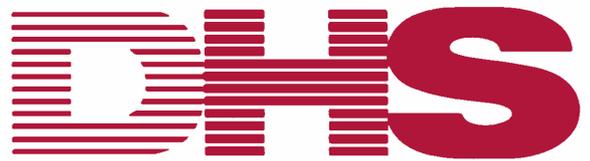
wir bedanken uns sehr herzlich für die Einladung zu einer Anhörung am 23. Juni 2008, in der die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen durch ihr Vorstandsmitglied Wolfgang Schmidt vertreten sein wird. Herr Schmidt ist der Geschäftsführer der Hessischen Landesstelle für Suchtfragen und gleichzeitig Vorsitzender unseres Fachausschusses „Prävention“.

Generell verweisen wir auf unsere Stellungnahme anlässlich der Anhörung im März 2005, die DHS-Positionen zu den einzelnen Anträgen finden Sie beigelegt. Selbstverständlich können Fragen dazu im Verlauf der Anhörung vertieft beantwortet werden.

Mit freundlichen Grüßen



Rolf Hüllinghorst
Geschäftsführer



Stellungnahme

zur Anhörung im Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages

Wir beziehen uns auf die Anträge der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen (BT-Drs. 16/7284), Die Linke (BT-Drs. 16/7471) und der FDP (BT-Drs. 16/8751) und nehmen wir folgt Stellung:

Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) spricht sich für die umgehende Verabschiedung eines Präventionsgesetzes aus, um die gesundheitliche Prävention als „Vierte Säule“ im Gesundheitssystem zu verankern. Wir sind davon überzeugt, dass sich die dafür notwendigen Investitionen in relativ kurzer Zeit auch als finanzielle Einsparungen der entsprechenden Sozialleistungsträger bemerkbar machen werden.

Die DHS

begrüßt

die Initiative der drei Fraktionen, Bewegung in die parlamentarische Beratung eines Präventionsgesetzes zu bringen;

fordert

alle Fraktionen dazu auf, ein entsprechendes Gesetz noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden;

spricht sich dafür aus,

auf Bundesebene und in politischer Verantwortung Präventionsziele zu definieren;

erinnert daran,

dass der Gebrauch bzw. der Konsum von legalen und illegalen Suchtmitteln Krankheitskosten in Milliardenhöhe verursacht;

geht davon aus,

dass die Suchtprävention ein prioritäres Ziel jeder Planung sein wird;

wünscht sich

ein Steuerungsgremium, das die Präventionsziele ausformuliert, auf ihre wissenschaftliche Fundierung überprüft und die Umsetzung zwischen den staatlichen Ebenen, aber auch zwischen Sozialleistungsträgern und Verbänden, kommuniziert und koordiniert;

fordert

in der Finanzierung die Einbeziehung der Privaten Kranken- und Pflegeversicherung auf der einen Seite, aber auch Vorschriften über die Leistungen von Bund, Ländern und Kommunen auf der anderen Seite;

geht davon aus,

dass die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) eine zentrale Rolle in der Umsetzung übernehmen wird;

hält es für wichtig,

dass betroffene Menschen sowohl in den Beratungen als auch in der Umsetzung adäquat beteiligt werden;

befürchtet,

dass bisherige Aktivitäten in der Prävention „umgewidmet“ werden und somit bestehende Ressourcen, insbesondere auf den Ebenen von Ländern und Kommunen, ersetzt werden;

bietet

ihre Mitarbeit bei den weiteren Beratungen an.

Hamm, 19. Juni 2008



Rolf Hüllinghorst